



CfP der Themengruppe „Konstruktivistische Theorien der Politik“

der

Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

Neues aus Biopolis?

Die Politik der Biomedizin – theoretische Reflexionen und empirische Annäherungen

02.-03. November 2017

Ort:

Gerhard-Mercator-Haus der Universität Duisburg-Essen (Gebäude LR), Lotharstraße 57, 47057 Duisburg

Organisation und Leitung:

Kathrin Braun (Leibniz Universität Hannover) und Helene Gerhards (Universität Duisburg-Essen)

Die Biomedizin hat im 20. und 21. Jahrhundert hochkomplexe medikale Kulturen entwickelt, insofern sie eigene medizinische Wissensvorräte, Handlungsweisen und Institutionen ausgebildet hat. Konstruktivistische Untersuchungen des Verhältnisses zwischen biomedizinischen und -technologischen Praktiken, Körpermaterien, Wissensformen sowie Vorstellungen und Formung von Gesellschaft scheinen mit Blick auf die angelsächsischen Diskussionen rund um die Science & Technology-Studies bestens etabliert und produktiv gemacht worden zu sein. Politikwissenschaftliche Perspektiven jedoch, vor allem im deutschsprachigen Raum, begnügen sich meist mit klassischen Policy-Analysen, bemühen sich als Hilfswissenschaft um die Integration ethischer und sozialer Gesichtspunkte, erarbeiten anwendungsfähige Diskursverfahren zum Management biomedizinbezogener Kontroversen in einer pluralistischen Gesellschaft und überlassen es Philosophie oder Soziologie, ein grundsätzliches Verständnis vom Stellenwert der Biomedizin in unserer Gegenwart zu entwickeln. Konstruktivistische politikwissenschaftliche und politiktheoretische Annäherungen an das Feld der Biomedizin versprechen einen Ausweg aus der Sackgasse disziplinärer Zuordnungen, indem sie eine Umorientierung von Was- auf Wie-Fragen und von Wahrheit auf Wahrheits- und Wissenspolitik erlauben. Mit der Öffnung des Politikbegriffs und unter der Annahme, dass Biomedizin nicht „reingehalten“ wird von grundsätzlichen Herausforderungen und Implikationen des Politischen, ist einer Reflektion der Biomedizinpolitik der Weg geebnet. Unter diesen Voraussetzungen können vielfältige neue Fragen, die die Koproduktion medizinischer Wissenschaft, Politik und Gesellschaft betreffen, aufgeworfen werden:

1. Zum (ontologischen und praktischen) Verhältnis von Natur/Kultur, Politik/Wissenschaft und Subjektproduktion

Gibt es eine Politik der Biomedizin, und wenn ja, wie kann diese beschrieben werden? Welche Diskurse des biomedizinischen Wissens haben sich (in den Laboren, Medizinsymposien und Gesundheitsministerien und an anderen Orten) durchgesetzt und wie werden diese politisch verhandelt? Welche Themen und Motive

werden durch und mit der Biomedizin als politische Probleme konstruiert? Welche Machtverhältnisse, Regierungs- und Subjektivierungsweisen haben sich in Denkformen sowie Forschungs- und Heilpraktiken der Biomedizin selber eingeschrieben oder werden in ihnen aktualisiert? Welches Verständnis vom Subjekt und seiner Handlungsfähigkeit stellen biomedizinische Forschungsagenden her? Wie haben lebenswissenschaftliche Innovationen die Politik der Gesundheit und Krankheit verändert und welche Zumutungen ergeben sich daraus für die Individuen?

2. Die Bedeutung von Visionen, Utopien und Zukunft für die Biomedizin

Welche Vorstellungen von Zukunft und der Möglichkeit ihrer Regierung lassen sich in der biomedizinischen Erkenntnisproduktion entdecken? Wie kann konstruktivistische Theoriebildung die Analyse von Visionen und Forschungsversprechen für eine Aufklärung möglicher gesellschaftlicher Erwartungshaltungen und Befürchtungen fruchtbar machen?

3. (Kritische) Reflexionen zur Praxis der Biomedizin und Biopolitik

Welche Bedeutung haben Begriffe wie Medikalisierung, *epistemic communities* und *biological citizenship* für die Analyse neuer Politisierungsweisen des Biomedizinischen? Wie sind Macht- und Repräsentationsverhältnisse beispielsweise in der Krebs- oder Medikamentenforschung zu denken? Kann medizinische Forschung demokratisch sein, woher bezieht sie ihre Legitimation? Und staut sich, mit Niklas Luhmann gesprochen, alle mögliche Kritik an biomedizinischen Diagnose- und Therapieverfahren vor der einfachen Tatsache, dass sie das Kritisierte nicht ersetzen kann oder sind gegenhegemoniale Projekte im Sinne einer ‚Befreiung des Lebens‘ von medizinischen Imperativen und Visionen möglich?

Die DVPW-Themengruppe „Konstruktivistische Theorien der Politik“ lädt dazu ein, Abstracts zu diesen und anderen Fragestellungen, die sich am Thema der explizit interdisziplinär ausgerichteten Tagung orientieren, einzusenden. Die Abstracts in einer Länge von höchstens 6.500 Zeichen in deutscher Sprache sollten samt einer kurzen CV-Notiz bis zum **15.09.2017** an helene.gerhards@uni-due.de und k.braun@ipw.uni-hannover.de eingehen. Die Auswahl der Beiträge wird innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Die Ergebnisse der Tagung sollen in eine Publikation einfließen, weshalb um Originalbeiträge gebeten wird.